

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

Reg-Nr: 497.08
Antragsnummer: A397/2023
Eingangsdatum: 29.11.2023
Federführung: Dezernat III
Mitzeichnung: (leer)
SharePoint-ID: 344

Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
Stadträtin

Christopher Probst
Stadtrat

29.11.2023

Antrag zu den Etatberatungen 2024

Zuschusserhöhung für die Psychologische Beratungsstelle Frauen- und Mädchen-Notruf e.V.

Antrag:

Zuschusserhöhung für die Psychologische Beratungsstelle Frauen- und Mädchen-Notruf e.V.

Dienststelle: 58	TEH: Nein	TFH: Nein	Seite im Haushaltsplan 497
---------------------	--------------	--------------	-------------------------------

HH-Plan 2024: -35.600 €	HH-Plan 2025: -35.600 €	HH-Plan 2026: -35.600 €	HH-Plan 2027: -35.600 €
--	--	--	--

Produkt-Nr/Inv.
(leer)

Strategisches Ziel: 2 Lebensqualität bieten, Wohlbefinden ermöglichen.

Antragsbegründung:

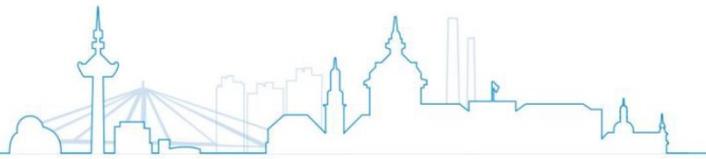
Der Verein Die Beratungsstelle arbeitet überwiegend für Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, deren Eltern und mit Fachkräften gemäß dem Sozialgesetzbuch VIII „Kinder und Jugendhilfe“ und ist vom Jugendamt der Stadt Mannheim dafür vertraglich beauftragt. D.h. es handelt sich hier um eine Pflichtaufgabe, die auf den Säulen Intervention und Prävention basiert und entsprechend muss die Beratungsstelle ausgestattet sein.

Darüber hinaus wenden sich Jugendliche und (junge) Frauen selbständig an die Beratungsstelle und suchen Beratung und psychologische Unterstützung.

Für die oben genannten Maßnahmen benötigt der Verein als spezialisierte Fachberatungsstelle ausreichend Fachpersonalkapazität um bei den häufig komplexen Fällen, mit z.B. mehreren Kindern, mehreren Einrichtungen und entsprechenden Elternteilen, allen Beteiligten die erforderliche, individuelle Unterstützung zeitnah und in ausreichendem Maße anbieten zu können.

Der Verein hat nunmehr eine Erweiterung des Vertrages mit der Stadt Mannheim und damit verbunden eine Zuschusserhöhung beantragt.

Die Erweiterung ist zur Sicherstellung der psychosozialen Versorgung betroffener, junger Frauen, Mädchen, Jungen und deren Eltern sowie präventiver Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich.



Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. A. Weizel
Vorsitzender

H. Schmid
stellv. Vorsitzender

C. Fuchs
Stadträtin

C. Probst
Stadtrat